

Im Gespräch mit: Philipp Kutter und Urs Tanner

Eine Mehrheit des Parlaments will die allgemeinen Kinderabzüge und die Abzüge für die Drittbetreuungskosten erhöhen. Die Gegner, namentlich die SP, sprechen von einem «Kinderabzug-Bschiss» und haben das Referendum ergriffen.

Roger-Federer-Vorlage oder konsequente Familienpolitik?

Reto Zanettin

Philipp Kutter, CVP-Mitglied und Nationalrat aus dem Kanton Zürich, gehört zu den Architekten der Abstimmungsvorlage zu den Kinderabzügen. Für ihn geht es um mehr als bloss um eine finanzpolitisch motivierte Änderung des Gesetzes über die direkte Bundessteuer. Ihm gegenüber sitzt Urs Tanner, Schaffhauser Grossstadtrat und SP-Mitglied, das im letzten Herbst als Nationalrat kandidiert hat. Er bezeichnet die Gesetzesänderung als «Giesskanne nach oben».

Herr Kutter, Herr Tanner, wir reden von einer Steuererleichterung von 910 Franken pro Jahr, wenn jemand 160 000 Franken oder mehr verdient. Ist das nicht einfach ein Sturm im Wasserglas?

Philipp Kutter: Ich finde auch, dass die Entlastung verhältnismässig ist, und ich wundere mich über den riesigen Widerstand, den die SP leistet. Es geht um Familien. Sie sind wichtig für unsere Gesellschaft. Wir brauchen Kinder und wir brauchen Leute, die sich für Kinder entscheiden und sie grossziehen. Es wäre mir willkommen, wenn wir die Familien in Zukunft noch etwas stärker unterstützen könnten.

Urs Tanner: Für die einen sind 910 Franken viel. Andere bemerken die Summe nicht einmal auf ihrem Konto. Ich muss aber Herrn Kutter zu seinem 380-Millionen-Coup gratulieren, der ihm kurz vor den Wahlen im letzten Herbst gelungen ist. Meine teuerste Vorlage betraf die Elektrobusse in Schaffhausen für 58 Millionen Franken. Die wurde von der Stimmbevölkerung angenommen.

Kutter: Danke für die Blumen, aber es war nicht mein persönlicher Coup. Es ging darum, die Vorlage zugunsten der Familien zu retten. Die Erhöhung der Drittbetreuungskosten allein befand sich kurz vor dem Schiffbruch. Wir wollten einfach etwas für die Familien erreichen. Mit den höheren allgemeinen Kinderabzügen haben wir das geschafft. Nun haben alle Familien etwas von der Vorlage.

Tanner: Lassen Sie es mich so sagen: Wir reden von einer gnadenlos ehrlichen Vorlage – einer Roger-Federer-Vorlage. Das verstecken die Befürworter auch nicht. Über den Begriff des Mittelstandes müssen wir allerdings noch diskutieren.

Was meinen Sie genau mit Roger-Federer-Vorlage?
Tanner: Die Vorlage entlastet in erster Linie die Top-Verdiener, nicht den Mittelstand und schon gar nicht die 40 Prozent aller Leute, die so wenig verdienen, dass sie gar keine direkte Bundessteuer bezahlen. Wir haben es mit einer «Giesskanne nach oben» zu tun. Der Staat beschenkt die Reichen.

Wer gehört denn zum Mittelstand?

Tanner: Alle wollen zum Mittelstand gehören, sei es nun der Regierungsrat, der ein

paar Hunderttausend Franken verdient, oder die Armen, die mit einem kleinen Lohn über die Runden kommen müssen. Per Definition zählen aber jene zum Mittelstand, die zwischen 75 und 150 Prozent des Medianeinkommens verdienen, das bei rund 6800 Franken im Monat liegt. Insofern entlastet die Vorlage doch eher den oberen Mittelstand.

Kutter: Der Mittelstand fängt bei rund 80 000 Franken Jahreseinkommen an und reicht bis gut 200 000 Franken. Die Leute mit einem solchen Einkommen profitieren, das ist unbestritten. Die CVP unterstützt aber alle Familien. Wir setzen uns auch für solche ein, die über wenig Einkommen verfügen und kaum oder gar nicht von der Vorlage profitieren. Wir tun dies beispielsweise mit der Prämienverbilligung bei den Krankenkassen und abgestuften Kita-Gebühren. Das ist konsequente Familienpolitik. Was mich bei der SP stört, ist die Unterscheidung zwischen guten und schlechten Familien. Den einen will man unter die Arme greifen, den anderen nicht. Ich finde, jede Familie sollte unterstützt werden. Im Frühling während des sogenannten Lock-downs haben wir es gesehen. Wenn Schulen geschlossen sind und Kitas nur noch ein Minimum an Leistungen anbieten, zeigte sich die Bedeutung der Familien. Darum finde ich die Unterstützung der Familie richtig.

Höhere Drittbetreuungsabzüge ermöglichen es Frauen, ins Erwerbsleben zurückzukehren. Das fördert die Gleichberechtigung der Geschlechter, und der Fachkräftemangel wird gemildert. Zudem werden Familien über den allgemeinen Kinderabzug finanziell entlastet. Das müsste bei Ihnen als Sozialdemokrat doch Anklang finden?

Tanner: Sicher. Über die 10-Millionen-Vorlage – die Drittbetreuungsabzüge – müssen wir gar nicht sprechen. In ihrer aktuellen Fassung wird uns die Vorlage aber sogar noch teurer als der Vaterschaftsurlaub zu stehen kommen.

Kutter: Moment. Über die Drittbetreuungsabzüge müssen wir sehr wohl reden. Die SP hat diesen Teil der Vorlage schon im Parlament bekämpft. Es hat einen Rückweisansatz aus Ihren Reihen gegeben. Der Ansatz sei falsch. Es brauche Gutschriften statt Steuerabzüge. Damit stellt die SP wieder einmal die Systemfrage. Dies ist eine Ausrede, damit man nichts unternehmen muss. Wir von den Befürwortern wollen hingegen beides machen: Wir wollen die Fremdbetreuung vergünstigen, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu stärken. Und wir wollen Familien auch bei anderen Kosten entlasten, weshalb wir die allgemeinen Kinderabzüge erhöhen wollen.

Tanner: Ich wiederhole. Wir stimmen über eine Roger-Federer-Vorlage ab. Jene, bei denen die Steuerabzüge wirklich einschenken, merken die 910 Franken wahrscheinlich nicht einmal. Etwas anderes muss

man sehen. Zwei Drittel der Stimmberechtigten, welche die Abzüge geltend machen könnten, haben keine betreuungspflichtigen Kinder mehr. Diese Leute haben ebenfalls nichts von der Vorlage.

Was ist Ihre Alternative?

Tanner: Im Grunde wollen sowohl CVP als auch SP den Mittelstand entlasten. Aber unsere Ansätze unterscheiden sich. Ich hätte mit den 380 Millionen Franken, die dem Staat von der direkten Bundessteuer abgehen, die Kinderzulagen erhöht.

Wenn jemand 100 000 Franken steuerbares Einkommen aufweist und zwei Kinder hat, wird er 350 Franken weniger direkte Bundessteuern zahlen. Sein Nachbar verfügt über 200 000 Franken steuerbares Einkommen, hat ebenfalls zwei Kinder, wird aber um 910 Franken entlastet. Nun sagen Sie, die Familie solle auf den Vorteil verzichten, weil die Nachbarn einen noch grösseren Vorteil erhalten. Legen die Sozialdemokraten nicht ein etwas sonderbares Gerechtigkeitsverständnis zugrunde, eines, das Neid in der Gesellschaft schürt?

Tanner: Ja, ja, wir Sozialdemokraten sind neiderfüllte Menschen (lacht). Es gibt in dem Zusammenhang eine Definition des Kapitalismus', die ich an dieser Stelle erwähnen will: Ich gebe Geld aus, das nicht mir gehört, sondern der Bank, damit ich meinen Nachbarn mit Sachen beeindrucken kann, die ich nicht brauche. Ob die Vorlage, so wie sie jetzt daherkommt, gerecht ist, darüber kann man geteilter Meinung sein – und je nachdem Ja oder Nein stimmen. Das kann jede und jeder für sich selbst entscheiden.

Kutter: Aufgrund der Steuerprogression können Gutverdiener mehr abziehen als Durchschnittsverdiener. Diese Progression ist ziemlich steil. Familien, die 910 Franken sparen, bezahlen Steuerbeträge im fünfstelligen Bereich, also 20 000 bis 30 000 Franken. Daran ändern die Kinderabzüge kaum etwas.

Herr Kutter, wäre es anstelle von Steuer geschenken an die Top-Verdiener nicht klüger, direkt mehr in Drittbetreuungsangebote zu investieren, sagen wir Kitas finanziell stärker unter die Arme zu greifen?

Kutter: Auf jeden Fall. In diesem Punkt sind die SP und wir uns einig. Die Kita-Kosten sind hoch, gerade im internationalen Vergleich.

Tanner: Richtig, das sehe ich gleich. Die Gemeinden haben je eigene Tarifsysteme. Da sollte man genau hinschauen, ob die Kita-Angebote nicht vergünstigt oder sogar gratis gemacht werden könnten. Jedenfalls glaube ich noch immer, dass man über Kinderzulagen mehr erreichen könnte als über Steuergeschenke.

Kutter: Gratis-Kitas wären aber auch eine «Giesskanne nach oben», wie Sie es vorhin



Zwei Väter debattieren über die höheren Kinderabzüge und Entlastungen von Familien bei der direkten Bundessteuer: Urs Tanner (l.) und Philipp Kutter.

BILD MICHAEL KESSLER

Urs Tanner

Der Jurist führt eine eigene Rechtsberatung in der Schaffhauser Altstadt. Seit 1998 ist der Sozialdemokrat Mitglied des Grossen Stadtrates. Seine politischen Schwerpunkte setzt Tanner bei der Familien-, Umwelt-, Energie- und Bildungspolitik. Im letzten Herbst kandidierte der 1967 Geborene an der Seite von SP-Nationalrätin Martina Munz für den Nationalrat.

Philipp Kutter

Der 45-Jährige sitzt seit 2018 im Nationalrat. Er ersetzte Barbara Schmid-Federer, die zurückgetreten war. Kutter arbeitet als Kommunikationsberater und wohnt mit seiner Familie in Wädenswil (ZH). Dort wirkt er auch als Stadtpräsident. Das CVP-Mitglied hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Abstimmungsvorlage vom 27. September auch höhere allgemeine Kinderabzüge vorsieht.

formuliert haben. Jene, die genug verdienen, sollen auch etwas bezahlen. Wir können uns allenfalls über die Höhe unterhalten und wie genau die Abstufung gestaltet sein soll.

Wenn die Vorlage durchkommt, werden Familien je nach Einkommen ein paar Hundert Franken im Jahr Steuern sparen. Die Last der Krankenkassenprämie übersteigt diese Ersparnis um ein Vielfaches. Setzen Sie nicht die falschen Prioritäten?

Kutter: Nein. Schauen Sie, Familien, die wenig im Portemonnaie haben, erhalten Vergünstigungen, beispielsweise die Prämienverbilligung. Das ist gut so. Jetzt aber sprechen wir von Familien, welche die gesamten Lebenshaltungskosten selbst bezahlen. Sie sollen durch die Kinderabzüge ein wenig entlastet werden.

Die ursprüngliche Vorlage hätte dem Bund einen Steuerausfall von nur 10 Millionen Franken pro Jahr besichert. Nun, da auch die allgemeinen Kinderabzüge von 6500 auf 10 000 Franken erhöht werden, entgehen dem Fiskus 380 Millionen Franken. Warum musste diese Vorlage unbedingt erweitert werden?

Tanner: Machen wir uns doch nichts vor. Wir haben es mit einer Schönwettervorlage zu tun. Wäre sie ein Jahr später zustande gekommen, wären Sie mit Ihrem Antrag gar nicht durchgekommen, Herr Kutter. Nun ist die Pandemie erst dieses Jahr ausgebrochen. Sie hat den Staat schon Milliarden gekostet. Steuerausfälle beim Bund, in den Kantonen und den Gemeinden drohen. Hinzu kommen die allfälligen Ausgaben für den Vaterschaftsurlaub und die Kampfjets.

Kutter: Die rein finanzpolitische Betrachtung greift zu kurz. Die höheren Kinderabzüge sind eine Investition, die dauerhafter ist als ein Konjunkturzyklus. Zudem ist der Bund gut finanziert und hat in den letzten Jahren regelmässig Überschüsse eingefahren. Jetzt befinden wir uns in einer Delle. Die geht vorbei. Wir aber passen die Kinderzulagen für die nächsten zwanzig Jahre an.

Tanner: Dann werden dank maximal 910 Franken Steuerersparnis wieder mehr Kinder in unserem Land zur Welt kommen?

Kutter: Ich gebe zu, wir sind bescheiden mit der Entlastung. Aber wir können ein Stück weit etwas Positives bewirken. Wir haben in der Schweiz zu wenig eigenen Nachwuchs und sollten mehr Familien und mehr Kinder haben. Dann bräuchten wir möglicherweise auch weniger ausländische Arbeitskräfte.

Das hört sich an, als ob Ihre Vorlage ein Gegenentwurf zur Begrenzungsinitiative sein soll.

Kutter: In gewisser Weise ist sie tatsächlich ein indirekter Gegenvorschlag zur Kündigungsinitiative der SVP. Wir sollten dafür sorgen, dass inländische Fachkräfte, die heute nicht arbeiten, wieder in den Erwerbsprozess zurückkehren. Ich denke namentlich an Mütter, die gut qualifiziert sind.

Tanner: Vermutlich könnte jede Vorlage als Gegenvorschlag zur Begrenzungsinitiative verkauft werden. Bürgerinnen und Bürger fragen sich, wie sie ihre – ich sage einmal – 5000 Franken Monatslohn ausgeben. Sie geben 15 Prozent fürs Wohnen, 7,8 Prozent für Sozialversicherungen, 7 Prozent für den Verkehr aus. Je nachdem bezahlen sie auch direkte Bundessteuer und würden von den Kinderabzügen profitieren. Ob nun aber jemand für die CVP-Vorlage und auch für die Begrenzungsinitiative stimmt, um das inländische Fachkräftepotenzial auszu-schöpfen, stelle ich infrage.

Kutter: Es geht doch um etwas anderes. Meine Kinder sind 8- respektive 6-jährig. Sie wollen etwas mit mir und ich will etwas mit ihnen erleben. Das geht anderen Vätern meiner Generation ebenfalls so. Gleichzeitig wollen junge Frauen arbeiten gehen, was ich richtig finde. Denn schlussendlich sind auf diese Art und Weise alle zufrieden. Deshalb bin ich dafür, dass wenn beide Elternteile arbeiten wollen, sollen sie das können, ohne finanziell bestraft zu werden.

Dazu braucht es aber noch mehr als höhere Kinderabzüge.

Kutter: Familienpolitik geht weiter als diese Steuervorlage. Dazu zählen vertretbare Kosten für Kitas und bezahlbare Krankenkassenprämien. Ein grosses Anliegen sind mir auch Teilzeitmodelle. Auch mit einem kleineren Pensum soll man sich beruflich entwickeln können.

Herr Kutter, die Gegner argumentieren, am Schluss werde der Mittelstand die Zeche bezahlen. Leisten Sie dem Mittelstand und damit auch Ihrer eigenen Partei nicht einen Bärendienst?

Kutter: Diese Sorge habe ich nicht. 380 Millionen Franken klingen zwar nach viel Geld. Doch es sind bloss rund 9 Prozent des Gewinns, den der Bund im Jahr 2019 erzielt hat. Ich bin überzeugt, und dafür lege ich mein Wort ein, wegen dieser Vorlage wird niemand auf irgendetwas verzichten müssen.

Tanner: Ihr Wort in Gottes Ohr. Bei einem Blick auf die Zahlen komme ich zu anderen Schlüssen. Die Umsätze sind in weiten Teilen der Wirtschaft eingebrochen, KMU gerieten in Schwierigkeiten und so weiter und so fort. Wenn sich die Coronakrise wieder verschärft, kann es leicht sein, dass es noch enger wird, noch mehr Substrat wegbriecht und letztlich Steuererhöhungen notwendig werden. Ob das Parlament heute ähnlich ausgabenfreudig agieren könnte wie im letzten Herbst, als es um die Kinderabzüge ging, bezweifle ich. Aber dies ist der Blick zurück. Die Fakten für den 27. September liegen auf dem Tisch. Wir werden sehen, was die Stimmbevölkerung daraus macht.

Christa Markwalder von der FDP fordert, nur der Abzug der Drittbetreuungskosten solle erhöht werden, nicht aber der allgemeine Kinderabzug. Was halten Sie davon?